

# Keramisches Blatt

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie  
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1.20 Mark im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung und Versandstelle: Charlottenburg 1, Brahestraße 2—5. — Secretar: Amt Wilhelm 5646 und 5647

Nummer 19

Berlin, den 7. Mai 1927

2. Jahrgang

## Die Reaktion in England und Italien.

Zwei gegen die Gewerkschaftsbewegung gerichtete Maßnahmen lenken gegenwärtig die Aufmerksamkeit der Oeffentlichkeit auf sich. In England der Antigewerkschaftsgesetzentwurf der kapitalistischen Baldwin-Regierung und in Italien Mussolinis „Magna Charta der Arbeit“. Beides sind direkte Angriffe auf die Gewerkschaften und die Arbeiterbewegung im besonderen.

In England, wo im Verhältnis zu vielen anderen Staaten Europas die Gewerkschaften (Trade Unions) die größte Freiheit und Beweglichkeit zu ihrer Entwicklung hatten, sollen mit Gesetzesänderungen und Polizeischikanen der größten Massenorganisation dieses Landes außerordentliche Schwierigkeiten bereitgestellt werden. Fesseln ihre Machtentfaltung hemmen, damit sie nicht zu rasch dazu kommt, mitbestimmend die kapitalistische Ordnung in England umzugestalten, Veränderungen mit herbeizuführen, die den Industriellen, Bankiers, Vergnügern und Reichen nicht genehm sind.

Gefechtsmaschine, Polizei und Gerichtsbarkeit sind dazu ausgerichtet, als Werkzeug gegen die gesellschaftliche Entwicklung zu dienen.

Ja, wenn die Gewerkschaftsbewegung eine fliehende Masse wäre, gegen die Dämmre als Schutzwall errichtet werden könnten, ließen sich die Maßnahmen der Baldwin-Regierung noch verstecken. Aber so ist es ja eine geistige Bewegung, getragen von Millionen geübter und zielbewusster Kämpfer, der ist doch mit Kapitalmitteln nicht beizukommen. Man sieht ja auch schon an der Wirkung, die die Ankündigung des Gesetzes auslöste: Wie ein Sturmwind rüttelte die Drohung der Kapitalvertreter die englischen Arbeiter auf, und sie erkannten die Gefahr. Sie sind rege geworden und organisierten nun die Abwehr des Teufelsplans. In allen Gebieten des Landes machen sie die Bevölkerung mobil.

Die englischen Arbeitsbrüder und -schwestern wenden sich nicht nur gegen das Beschnüren traditionell geworbener Rechte, sondern gegen den eröffneten Angriff der kapitalistischen Klasse auf die organisierte Arbeiterschaft Englands, der zu einer Zeit erfolgt, in der eine Umstellung und Erneuerung der Wirtschaft ein dringendes Erfordernis ist.

Der große Freiheitsbrief der Arbeit, wie Magna Charta wörtlich heißt, wurde zum „Geburtsstage Roms“ von Mussolini feierlich unterzeichnet. Es ist dies ein sozialpolitisch Grundgesetz, das die Gegenseite zwischen Arbeiter und Unternehmer von Staatss wegen ausgleichen soll. Das nationale Interesse soll diese sozialpolitische Tat gebieten. Für Wirtschaft ist es weiter nichts, als eine Unterdrückung selbständiger Gewerkschaftsorganisationen mit sozialistischer Tendenz.

Die Magna Charta enthält alszähnende Versprechungen und schöne Worte. Zu ihr ist die Arbeit allerdings nur für die Arbeiter. D. R. als soziale Pflicht veransetzt. Der Schutz des Eigentums wird darin garantiert; Tarifverträge vorausgeschrieben und die staatlich anerkannten Gewerkschaften bestimmt. Der Arbeit werden Mindestgarantien geboten, ferner ein Lohn, der den normalen Lebensbedürfnissen, den Produktionsmöglichkeiten und dem Arbeitsergebnis entspricht und außerdem noch ein reichhaltiges Versicherungsprogramm.

Der italienische Diktator macht es seinen Arbeitern bequem. Sie brauchen sich Vorteile nicht mehr in sperrreichen Kämpfen mit dem Unternehmertum erringen, nicht mehr durch anregende und notwendige gewerkschaftliche und politische Belästigung holen, sondern bekommen alles vom Staat, wenn sie recht hübsch brav und sozialistisch sind. Die Not hat dann ein Ende.

Der Faschismus löste also das soziale Problem mit einigen Federstrichen, und Italien ist das Land der größten sozialen Tat.

In Wirklichkeit liegen jedoch die Dinge so, daß in Italien der Arbeiter trotz Faschismus und trotz „Magna Charta der Arbeit“ genau so, ja noch mehr Hunger leidet, wie sein Kollege in anderen Ländern. Die soziale Diktatorengeste eines Mussolini brachte ihm nichts an Gewinn, jedoch um so mehr Verlust. Der italienische Arbeiter verlor seine Freiheit, seine Sozialisation, seine wichtigste Waffe zu seinem Erfolgskampf.

In Italien gibt es nur noch gesetzlich anerkannte und der Staatskontrolle unterworfsene Gewerkschaften bzw. Arbeitgeberverbände, die mit Hilfe von unerträglichem Terror und dem Polizeiknüppel errichtet wurden und aufrechterhalten werden. Gedanken freier wirtschaftlicher und gewerkschaftlicher Freiheit wird erstellt vom Geiste des Schwarzenades. Die Arbeitnehmer und -vertreter kommen in Verbannung und müssen ins Exil. Auf diese Weise erlebt im 20. Jahrhundert die italienische Arbeiterschaft das, was die deutsche am Ende des 19. Jahrhunderts unter dem Sozialstengel zu ertragen hatte. Die Reaktion steht dort fünfzig Jahre später aus.

Der deutsche Diktator Bismarck, an sich deutscher und ehrlicher, aber ebenso brutal wie Mussolini, gab an, den Staat vor dem Sozialismus retten zu müssen. Mussolini in Italien und Baldwin in England bilden sich ähnlich ein. Genauso, wie es einem Bismarck nicht aß, war, mit staatlichen Hilfsmitteln die Entwicklung der Arbeiterbewegung aufzuhalten, wird es auch den beiden Epiponen nicht gelingen. Sie werfen die Arbeiterbewegung ihrer Kinder, wenn sie Glück haben sollten, höchstens einige Jahre zurück.

Trotzdem haben die freien Gewerkschaften aller Länder die Pflicht, wachsam zu sein. Die Versuche in Italien und England können die Regierung von Rechtsparteien anzeigen, ihre Erstens, vor den unmarkierten Parteien der organisierten Arbeiter durch Gewaltmaßnahmen und Verhinderung der Freiheit zu führen.

Deshalb, organisierte Arbeiter, wählt einer Koalitionsrecht, erhalten eure Freiheit. Sie sind der Grundstein für die Gewerkschaftsbewegung und für den Kampf besserer Wohn- und Arbeitsbedingungen, den jeder organisierte Arbeiter für sich und seine Klasse zu führen hat. Der Geist und die Idee müssen siegen und Sieger bleiben, nicht Knüppel und Faust.

## Der Arbeitsmarkt bessert sich.

Die Erwerbslosigkeit geht weiter zurück. Die amtliche Mitteilung darüber lautet:

Der erfreuliche Rückgang in der Zahl der unterstützten Erwerbslosen, der für den 1. April festgestellt werden konnte, hat sich auch weiterhin fortgesetzt. Nach den neuesten Feststellungen beträgt die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge am 15. April 1927 rund 987 000 (männlich 520 000, weiblich 467 000) gegenüber 1 121 000 (männlich 937 000, weiblich 184 000) am 1. April 1927 und 1 436 000 (männlich 1 222 000, weiblich 214 000) am 15. März 1927. Der Rückgang in der Zeit vom 1. bis 15. April 1927 beträgt also rund 134 000 = 12 Proz., in der Zeit vom 15. März bis 15. April 1927 rund 449 000 = 31 Proz. Die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterstützungsberechtigten Familienangehörigen) ist im gleichen Zeitraum von 1 287 000 auf 1 124 000 zurückgegangen.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenfürsorge ist in der Zeit vom 15. März 1927 bis zum 15. April 1927 von 223 000 (männlich 183 000, weiblich 40 000) auf 234 000 (männlich 191 000, weiblich 43 000), also um 11 000 gestiegen. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen (Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge und in der Krisenfürsorge) beträgt am 15. April 1927 demgemäß rund 1 221 000 gegenüber 1 679 000 am 15. März 1927, das ist ein Rückgang um rund 458 000 = 26 Proz.

Ein günstiger Handel trat damit für die langfristigen Erwerbslosen ein. Ihre Zahl ist bedeutend geringer geworden. Wenn vom 15. Februar bis zum 15. März noch 30 000 Anstellungen der Fürsorge der Gemeinden anheimfielen, waren es während des obengenannten Zeitpunktes nur noch 10 000. Der Rückgang ist beträchtlich.

Die Konjunktur besserte sich wesentlich. Trotzdem bleibt noch ein Riesenheer Erwerbsloser, für das der Staat pflichtiglich zu sorgen hat.

Die Hoffnung, daß die Wirtschaft bald wieder einen besonders günstigen Stand erlangen wird, können wir nicht teilen, denn die Massenbelastungen, die die Rechtsregierung durch Erhöhung von Zollshäfen, Abgaben u. a. vornahm, schwächen die Kaufkraft und ziehen wirtschaftliche Schwierigkeiten nach sich.

Ende April verbesserte sich der Arbeitsmarkt noch weiter, aber bei weitem nicht in dem Umfang der letzten Wochen. Die günstigste Tendenz besteht in der Metall- und in der Textilindustrie.

## Befürbürgerblock gegen die Arbeitslosen.

Die Rechtsregierung unter dem Beipiel des Zentrumsvorstandes Dr. Moritz brachte den Arbeitern bisher nur Schlechtes und lädt sich davon nicht ab, trotzdem die Zentrumsarbeiter und christlichen Gewerkschaften alles mögliche tun, ihre Führer davon abzuhalten. Nach den bisherigen Nachrichten, die die Rechtsblockregierung den arbeitenden Massen gegenüber den

Geschenken an die Besitzenden brachte, kommt eine weitere Verschlechterung für die Erwerbslose. Erwerbslose, die von der Krisenfürsorge bisher unterstützt wurden und zur Land- und Forstwirtschaft, zur Gärtnerei, zum Baugewerbe, zur Spinnstoff- und zur Verarbeitungsindustrie sowie zu den Heusgehilfen gehören, bekommen keine Unterstützung von der Krisenfürsorge mehr, weil sich die Geschäftslage in diesen Berufen besserte. Wer dennoch keine Arbeit bekommt, muss der Armenpflege der Gemeinden anheimfallen. Anscheinend will der weise Reichsarbeitsminister durch Bestimmungen die Wirtschaftslage bessern.

Am 15. April befanden sich 234 000 Unterstützungsempfänger in der Krisenfürsorge. Das sind Arbeitslose, die bereits über 52 Wochen erwerbslos sind. Davon werden nach Beurteilung der Regierung 8 Proz. aus den genannten Gewerben den Gemeinden für die Armenpflege überwiesen.

Das ist die geplante Sozialpolitik des Rechtsblocks, bei der Arbeiter ruhig verbhungern können, wenn die Gemeinden kein Geld haben. Sie ist weiter nichts als eine Verböbung der Arbeiter und Angestellten.

## Der englische Gewerkschaftskampf gegen das Antigewerkschaftsgesetz.

Die englische konservative Regierung plant bekanntlich ein Gesetz im Parlament durchzubringen, das den Gewerkschaften den größten Teil ihrer bisherigen Bewegungsfreiheit nebst und außerdem schweren Schaden zufügen würde. Die englischen Gewerkschaften nahmen die reaktionäre Maßnahme nicht unwiderrührbar hin. Sie organisierten den Kampf dagegen, setzten ein Verteidigungskomitee ein, das aus Mitgliedern des Generalrats der Gewerkschaften, des Verteidigungsrates der Arbeiterpartei und der Unterhausfraktion der Arbeiterpartei zusammengesetzt ist, und entwarfen einen Plan für den großen gemeinsamen Feldzug gegen das Antigewerkschaftsgesetz. Die Befreiung wird nach den Maßnahmen einziehen. ganz Großbritannien ist für diesen Zweck in einzelne Bezirke aufgeteilt worden, in denen die Leitung des Feldzuges beauftragten Kommandanten als hauptamtliche Befähigung zugewiesen wurde. Diese Bezirksleiter ist die volle Unterstützung der Gewerkschaften, der Gruppen der Arbeiterpartei und der Gewerkschaften angesichert. Eine große Anzahl öffentlicher Gewerkschaftsführer und Abgeordnete der Arbeiterpartei werden nach einem bestimmten Plan in den einzelnen Bezirken als Redner auftreten.

Das Vorgehen der englischen Reaktion zeigt, daß selbst die alte englische Gewerkschaftsbewegung vor Anklagen nicht sicher ist. Die Arbeiterschaft in allen Ländern hat Grund, wachsam zu sein, ihre Geschlossenheit zu wahren und ihre gewerkschaftlichen Organisationen zu festigen. Allerdings tut sie auch gut, wenn sie der Reaktion nicht direkt in die Hände arbeitet.

## Die Weltwirtschaftskonferenz tagt im Mai.

Nunmittelbar nachdem die Fülle des Weltfeiertages der Arbeit verklungen sind, wird in Genf das Parlament der Weltwirtschaft zusammen treten. Es ist das erste Mal, daß sich die Wirtschaftsminister zahlreicher Staaten zu einer gemeinsamen Tagung auf so großer Grundlage zusammenfinden. Die Anregung zu dieser Konferenz ging in der Hauptstadt von dem französischen Industriellen Loubat aus. Die Weltausstellung im September 1925 beschloß demgemäß. Ein so großes Ereignis hat natürlich einen gewaltigen literarischen Niederschlag gefunden. Eine Menge von Artikeln sind in Zeitschriften, Zeitungen und Fachblättern aller Sprachen und Länder erschienen. Auch die Gewerkschaftspresse hat zu diesem Problem Stellung genommen, und im letzten Heft der „Arbeit“ wurden die Aufgaben der Weltwirtschaftskonferenz von den Genossen Eggert, Aronius und Bäude in ausführlicher Weise behandelt. Ein großer und ganzer dürfte also das Ergebnis der internationalen Zusammenkunft von Wirtschaftlern, Fachleuten und Gewerkschaftscollegen bekannt sein.

Die Arbeiterschaft darf sich hüten, von dieser Zusammenkunft viel zu erwarten. In außerordentlich klarer Weise hat der deutsche Gewerkschaftsdelegierte, Kollege Eggert, in dem bereits erwähnten Artikel in der „Arbeit“ auf die Schwierigkeiten der wirtschaftlichen Annäherung hingewiesen. Die Konferenz ist einsichtig zusammengebracht. Die Delegationszahl der Gewerkschaften und Genossenschaften stellt nur ein Schätzchen der Teilnehmerzahl dar. Nach einer Denkschrift des Zürcher Professors Eugen Grottmann gibt es nur vier Möglichkeiten, auf welche eine internationale Vereinigung möglich ist: 1. den Anspruch der Handelsvereinigung; 2. die Verbreiterung des Vorzugszollsystems; 3. die Gründung von Zollvereinen und 4. die internationale Konsolidierung zahlreicher Industrien. Professor Grottmann kommt zusammengefaßt zu folgenden Ergebnissen: Es wird schwierig, ohne größere Verzögernungen langfristige Handelsvereinigungen abzuschließen, die nicht nur rein formale Weisheitsbegünstigungen enthalten, sondern auch die Politik in sozialen und nationalen Sachen stabilisieren. Auch ein System, das auf Vorzugszöllen ausgeht, bzw. einem Zollverein nothwendig, kann nicht ohne sehr langfristige Bemühungen und Vorbereitungen durchgesetzt werden. Es erscheint daher notwendig, in der Zwischenzeit die wichtigsten Industrien verschiedener Länder in enge Verbindung zu bringen, wo immer die Art ihrer Produkte einen solchen Zusammenhang möglich macht. Partielle Konsolidierungen müßten in der Form internationaler Vereinigungen erfolgen und zunächst die Landwirtschaften und die lokalen Industrien anschließen.

Was es auf dem Gebiete der Handelsverträge noch für große Unterschiede, Schwierigkeiten und unerledigte Probleme gibt, wird in dem Artikel des Kollegen Aronius „Weltwirtschaftskonferenz und internationalem Handelsaustausch“ in Nr. 4 der „Arbeit“ eingehend erörtert. Die gute glückige

Handelsverträge, die die Grundlage des Handelsaustausches zwischen Land und Land bilden, zeichnen sich vor allem durch ihre kurze Dauer aus. Grottmann kommt in seiner Denkschrift zu folgenden Feststellungen: Von den 180 internationalem Handelsverträgen, die von Anfang 1920 bis Mitte 1926 abgeschlossen wurden, sind nur 27 auf ein Jahr, bzw. längere Zeit gültig; nur sechs Verträge beziehen sich auf Perioden von zehn Jahren. Handelsverträge und Schutzzölle sind diejenigen Gebiete, die bereits im Innlande die schärfsten Kämpfe der Interessen auslösen. Nicht weniger schwierig, im Gegenteil noch unendlich komplizierter müssen sich natürlich Verhandlungen hierüber gestalten, die vor dem Forum der Vertreter zahlreicher Staaten geführt werden. Gerade hier sind die Aussichten der Weltwirtschaftskonferenz am geringsten.

Mit der internationalem Vertrittung steht es ähnlich. Die private Industrie hat sich infolge des Durcheinanders der Handelsvertragsysteme bekanntlich durch eigene internationale Organisationen zu helfen versucht. Zahlreiche Kartelle und internationale Zusammenschlüsse sind in den letzten Jahren ausgetreten. Es ist anzunehmen, daß die Frage der internationalem Kartellierung einen großen Raum auf der Konferenz einnehmen wird. Als Vorheuer die Anregung zur Einberufung einer internationalen Konferenz gab, hatte er in der Hoffnung die internationale Zusammenschlüsse der Industrie im Auge. Zweifellos ist für die Arbeiterschaft diese Frage von großer Bedeutung, denn je mehr die internationale Vereinigung der Unternehmen fortgeschreitet, je stärker werden die gewerkschaftlichen Kämpfe eines jeden Landes hier von beeinflusst.

Ein Problem von internationaler Tragweite ist die Arbeitslosigkeit. Sie erscheint nicht auf der offiziellen Tagung des Kongresses. Dennoch werden Verhandlungen in ihrem Schatten stehen. Mit der Arbeitslosigkeit kommt das Wunderung sprühen ein, um zu kommen. Völkisch ist die Erde sehr unterschiedlich bevölkert. Während sich in bestimmten Erdteilen die Menschen in übersättigender Dichte zusammenballen, sind große Gebiete nur dünn besiedelt. Es wäre eine große Aufgabe der Konferenz, die Möglichkeit einer besseren Verteilung der Menschen auf der Erdoberfläche zu untersuchen. Wir bezweilen, daß hierin Erfolge zu verzeichnen sein werden.

Ein nicht minder wichtiges Problem ist die Hebung der Kaufkraft. Es würde keine Krise mehr geben, die Arbeitslosigkeit würde verschwinden, wenn alle Menschen die Möglichkeit hätten, ihre Lebenslage nach kulturellen Bedürfnissen einzurichten. Wenn sieben auf anderen Gebieten die Erfolgsmöglichkeiten der Konferenz bestätigt würden, so noch vielleicht hier. Soll die Kaufkraft in allen Ländern gehoben werden, dann muß die Arbeiterschaft sich selbst helfen. Die Weltwirtschaftskonferenz ist für eine Dauer von drei Jahren bestimmt. Die nächsten Zusammenkünfte müssen eine bessere Bekämpfung aufweisen. Es geht nicht an, daß der große Wirtschaftsfaktor Arbeit nur mit einigen Vertretern bei der Entscheidung solch wichtiger Fragen zugegen ist. Die Beziehung muss eine partizipative sein.



spielt seinen eigenen Schlichtungskommissar und distanziert aus sich heraus 10 bis 40 Prozent Lohnabbau: "Ab 4. Mai haben die von mir befahlten und angefechteten Löhne Gültigkeit." Rechtschaffenheit, Gerechtigkeit der Industrie! Wer zweifelt noch daran?

Wir, die Glasmacher der Firma Wisshoff; denn wir erfahren diese göttlichen Tugenden am eigenen Leibe.

Moran wir glauben, ist, daß durch das Vorgehen, durch dieses Gebaren, das, was wir wünschen und erhoffen, viel eher erreicht wird; denn Herr Niedermacher ist als Pionier für die Gewerkschaften ein vorbildlicher Arbeiter.

Daran glauben und das erhoffen wir, daß Herr Niedermacher eines Tages so, wie Mephisto zu seinem Hause sprechen muß:

"Ich bin ein Teil von jener Kraft,  
die stets das 'Gute' will  
und doch das 'Gute' schafft!"

Ihr Glasarbeiter aber, seid auf der Wach!

#### Arbeitsangebote vermeiden.

Bei der Glassfabrik Waller in Nieuw-Buinen in Holland ist ein Streit ausgebrochen. Die Kollegenschaft wird davon in Kenntnis gesetzt und gebeten, jeglichen Zugang zu vermeiden und zu unterbinden.

#### Zugang fernhalten!

Bei der Firma Ferdinand Horessi, Glassfabrik in Tasice, Bezirk Ledec, streiken die Arbeiter, weil die Betriebsleitung den abgeschlossenen Tarifvertrag nicht erfüllte. Etwas Arbeitsangebote sind zu unterlassen und Zugang ist zu vermeiden.

### Löhne und Arbeitszeit in der amerikanischen Steingutindustrie.

Das amerikanische Arbeitsministerium hat kürzlich eine Erhebung über Löhne und Arbeitszeit in der Steingutindustrie veröffentlicht. Die Unterlagen stammen aus dem Jahre 1925. Da wesentliche Veränderungen zwischen nicht eingetreten sind, können die Zahlen auch heute noch als Vergleichswert gelten.

Der Amerikaner unterscheidet in der Produktion zwei Arten von Steingut, eine härtere und eine weichere Ware. Die härtere Ware enthält weniger Ton, dagegen mehr Feldspat und Flint. Während das härtere Steingut bei 1240 bis 1280 Grad Celsius gebrannt wird, benötigt die Ofenhitze beim Brennen der weicheren Ware nur 1150 bis 1180 Grad Celsius. Die Betriebe stellen in der Hauptstätte Ehegeschirr her. Die härtere Ware findet in der Regel in Hotels und Restaurants Verwendung. Die Steingutfabriken sind von der Erhebung nicht erfaßt. Die Industrien dieser Art befinden sich größtenteils in Ohio, Virginia, Tennessee, Maryland, New York und einigen anderen Staaten. Insgesamt hat die Erhebung 12000 Lohnabhängige, d. h. etwa 5 Proz. bis 90 Proz. die in diesen Industrien beschäftigten Personen erfaßt. Ein großer Teil der Arbeiter ist im Stücklohn beschäftigt. Die Untersuchung erstreckt sich für alle erfaßten Betriebe auf einen Zeitraum von zwei Wochen. Die nachstehende Übersicht zeigt für die wichtigsten Berufsgruppen, getrennt nach der Art der Ware, die Zahl der innerhalb zweier Wochen geleisteten Arbeitstage, die durchschnittliche tägliche Arbeitszeit und die durchschnittlichen Tage- und Stundenlöhne.

Berufsgruppe	Weichere Ware			Härttere Ware				
	Stücklohn	Stundenlohn	Durchschnittlicher Bedienst.	Stücklohn	Stundenlohn	Durchschnittlicher Bedienst.		
	pro Tag	pro Stunde		pro Tag	pro Tag	pro Stunde		
Malzmüller	9,8	9,0	6,74	0,746	11,5	9,2	6,71	0,727
Brotzucker	10,4	8,2	8,75	1,064	10,2	8,0	8,12	1,014
Backher.	8,4	7,0	7,48	0,942	9,7	8,0	6,84	0,857
Garnierer	8,7	8,2	8,50	0,955	10,6	8,4	7,75	0,922
Kieker, Formier	8,9	9,0	8,00	0,903	10,1	8,9	7,2	0,815
Spanzer	9,2	8,8	5,74	0,649	10,8	8,9	7,91	0,837
Kapflederer	8,5	8,3	8,01	0,961	9,4	7,8	7,88	1,010
Brenner (Stohbrand)	0,0	6,6	5,90	1,052	9,6	6,6	6,57	1,002
Brenner (Lohngutbrand)	11,5	11,2	5,9	0,531	11,9	10,7	6,78	0,627
Brennhausarbeiter bei et. Stoh. u. Garbrand	7,9	6,0	4,29	0,718	10,6	8,9	4,65	0,678
Brennungsarbeiterinnen (Lohngutbrand)	8,0	6,0	4,76	0,459	10,7	8,9	2,05	0,300
Brennmeisterinnen	8,6	7,7	2,46	0,30	10,2	7,8	2,24	0,285
Brennmeisterinnen	9,2	7,7	2,65	0,299	9,6	7,9	2,16	0,272
Brennmeisterinnen	10,3	9,0	1,72	0,525	11,2	8,6	1,72	0,561
Brennmeisterläger	8,6	7,3	3,70	0,50	10,9	7,8	3,66	0,472
Brennmeister	9,2	6,8	8,29	1,232	10,6	7,5	6,58	0,917
Brenner (Fertigbrand)	9,1	6,8	7,10	1,042	10,2	7,0	6,73	0,964
Sortiererinnen	9,7	7,9	2,73	0,348	9,5	7,6	2,01	0,263
Vegetarbeiter	10,2	8,8	5,12	0,585	10,9	8,7	4,62	0,581
Grüntempelarbeiterinnen	8,6	7,8	3,13	0,402	9,8	7,6	1,79	0,295
Brennmeister (Männer)	9,7	8,0	6,93	0,769	10,7	7,8	6,94	0,893
Brennmeister und Einlieferer (Frauen)	9,5	7,5	3,95	0,626	9,2	7,6	4,80	0,634
Schnellzucker	9,8	7,9	6,08	0,72	10,6	8,1	5,03	0,619
Eisbrennerinnen	9,1	8,4	2,86	0,281	10,6	8,0	1,90	0,288
Futter	10,5	8,0	7,76	0,962	11,5	8,2	3,59	1,141

1 Dollar = 100 cents = 4,20 Mark.

Die vorstehende Übersicht bildet nur einen Ausschnitt aus der Erhebung, die insgesamt 40 Berufsgruppen für Männer, 11 für Frauen und 5 für beide Geschlechter umfaßt. Der Gesamtbereich ist ergibt bei der weicheren Ware 9,1 Arbeitstage innerhalb zweier Wochen, eine tägliche Arbeitszeit von 8 Stunden, einen durchschnittlichen Tagelohn von 4,76 Dollar und einen durchschnittlichen Stundenlohn von 0,596 Dollar. Dabei ist der Mindeststundensatz für Männer (Streichung) 2,5 Cents, der Höchststundensatz für Frauen, Brenner 1,23 Dollar, bei den Frauen ist der Höchststundensatz 5,28 Cents (Verdoldeckerinnen und Einliefererinnen).

Bei der härteren Ware ist das Verhältnis wie folgt: Arbeitstage innerhalb zweier Wochen 10,1; tägliche Arbeitszeit acht Stunden; durchschnittlicher Tagelohn 4,19 Dollar; durchschnittlicher Stundenlohn 0,521 Dollar; Höchststundensatz für Männer (Streichung) 2,2 Cents; Höchststundensatz für Frauen (Brenner) 1,249 Dollar; der Höchststundensatz für Frauen (Streichung) 2,35 Cents; Höchststundensatz für Frauen (Eisbrennerinnen) 1,8 Cents.

Die Erklärung, daß innerhalb zweier Wochen, d. h. in zwölf Arbeitstagen im Durchschnitt nur an 10 Tagen gearbeitet wird, ist darauf zurückzuführen, daß die meisten Betriebe Sonnabend geschlossen halten. In der amerikanischen Steingutindustrie besteht also praktisch die fünftagewoche, unter Einhaltung des Arbeitstages, wie es sich obigen Durchschnittsziffern ergibt.

Zu den Löhnen wäre zu sagen, daß sich bei einer Umrechnung des Dollars zu 4,20 Pf. eine irrationale Ausschaltung über

die tatsächliche Lohnhöhe ergeben würde. Maßgebend ist die Kaufkraft des Lohnes, und der Dollar hat in seiner Heimat nur etwa die Hälfte der Kaufkraft, die er in Europa besitzt. Aber selbst wenn man diese Tatsache technisch berücksichtigt, ergibt sich aus den vorstehenden Überblicken ein Reallohn, der die deutschen und auch die englischen Keramikarbeiterlöhne ganz erheblich übersteigt — trotz fünftagewoche undachtsondenstag.

Die amerikanischen Unternehmer haben eben die von Robert Owen schon vor mehr als hundert Jahren entdeckte „produktionsfördernde Wirkung der verkürzten Arbeitszeit“ praktisch erfaßt und mit Erfolg angewandt. Und sie sind auch hinter das Geheimnis gekommen, das nach Ford „das eintraglichste aller Geschäftsprinzipien“ ist: hohe Löhne!

Otto Bach.

### Brikett- oder Steinkohlenbrand?

Bei den Tarifverhandlungen der keramischen Industrie im Reichsarbeitsministerium zu Berlin wiesen die Organisationsvertreter der Arbeiterschaft auch auf die Umstellung der Brennholz von der Steinkohlen- auf Brikettfeuerung und auf die erzielte Ersparnis an Brennkosten hin. Einige von den anwesenden Direktoren von Porzelland- und Steinzeugfabriken gaben einmal ihr Erstaunen über die Angaben unserer Kollegen zum Ausdruck und beweisen die richtige Berechnung und die Höhe der angegebenen Brennkostenersparnis. Sie verwiesen ferner darauf, daß die bessere Ausnützung der Ofenlengeräte Zusammenstellen der Kapselstäbe und Füllen der Kuppel usw.) nicht eine Folge der Umstellung von der Steinkohle auf Briketts sei, sondern auch beim Steinkohlenbrand hätte durchgeführt werden können. Allerdings brachten diese Aussäusung zwei Direktoren der Steinzeugindustrie vor. Die Meinung mag nun richtig oder falsch sein, sie ist nicht so wichtig bei der Behandlung der Frage. Aber bei fast allen Rednern, die zu dieser Sache Neuerungen machen, klängt hindurch, daß das Brennproblem in der Porzellaindustrie trotz aller technischen Fortschritte noch sehr in Duntel gehüllt ist und von den Fabriken wie ein geheimer Schatz gehütet wird. Den Porzellainmachern des 20. Jahrhunderts längt noch ein Teil Geheimnisrämer der Alchimisten und Porzellainmacher vom 18. Jahrhundert an. Sie halten und hüten ihre Geheimnisse so, daß sie erstaunen, wenn sie einmal von anderen Fabriken diese und jene Dinge erfahren. Das mag auch der Grund sein, warum sie die tatsächlichen Brennkostenersparnisse bei der Umstellung von Steinkohle auf Briketts nach den gemachten Darlegungen unserer Kollegen nicht recht fassen wollten oder konnten.

Daß tatsächlich Ersparnisse bei Brennkosten bei vielen Fabriken noch gemacht werden können, und zwar Einsparungen an Feuerungsmaterial und solche infolge besserer Ausnützung des Ofenraumes, lädt wieder einmal die Buschris eines Brenners aus einer Thüringer Porzellainfabrik erkennen. Der Kollege schreibt:

„Zur Frage: „Was verbleiben die Porzellainfabrikanten durch das Brikettbrennen?“ ist in unserem Fachblatt viel zu wenig Stellung genommen worden. Bei einem Brand von einem Ofen in 64 cbm Größe brauchte ich sonst 140 Zentner Steinkohle und 100 Zentner Briketts. Nun nach der Umstellung auf Briketts auch nur 240 Zentner Brennstoff. Die Steinkohle kostete 1,60 Pf. der Zentner, die Briketts 90 Pf. Rechnet man den Unterschied zwischen den früheren und jüngsten Brennkostenersparnis bei einem Brand.

Hierzu kommt noch, daß beim Brikettbrennen die Kapseln länger halten, daß sich die Kapselstäbe nicht mehr senken und deshalb weniger frummes Geschirr aus dem Ofen kommt. Ferner ist vom Vorteil für den Profit des Fabrikanten, daß die Kapseln an der Einströmung des Feuers im Ofen nun mehr genauso ausgenutzt werden können wie die in der Mitte des Ofens. Alles in allem, ein Stück Ware kommt beim Brikettbrand genau so gut aus dem Ofen wie das andere. Der Mindestgewinn bei der Umstellung auf Brikettfeuerung beträgt bei einem Ofen noch Berücksichtigung aller Vorteile der Fabrikanten 180 Pf. für einen Brand.

Welchen Vorteil den dieser Umstellung haben nun die Arbeiter? — Keinen. Das Brikettbrennen erfordert eine viel größere Aufmerksamkeit und mehr Arbeit. Auf die Gesundheit der Arbeiter wirkt es schädlicher. Das austreibende Gas ist für den Brenner sehr nachteilig. Die Stundenlöhne der Brenner und Brennhausarbeiter von 52 bis 73 Pf. sind daher viel zu niedrig. Diesem Nachteil gegenüber dem Gewinn des Fabrikanten kann nur entgegengewirkt werden durch eine geschlossene Organisierung der Porzellainarbeiter. Drum hinein in den Keramischen Bund, Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter; denn nur mit dessen Hilfe ist es möglich, höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen zu erlangen.“

Soweit der Brennerkollege. Wenn er meint, zu der von ihm außergerufenen Frage habe der „C. B.“ zu wenig Stellung genommen, so hat er recht. Soweit der Redaktion und der Branchenleitung Material zugänglich wurde, wurde es stets verarbeitet. Hauptsächlich bringen nun alle Brenner ihre mit der Umstellung auf den Brikettbrand gemachten Erfahrungen durch ihr Bundesorgan an die Öffentlichkeit, damit die Porzellainfabrikanten ersehen, was allein beim Brennen von Porzellan noch von ihnen gelernt werden kann. All die noch zu dieser Frage schreibenden Kollegen mögen auch beachten und das noch mit angeben, wieviel Brände an den umgestellten Ofen im Jahre gemacht werden und wieviel Geldsatz mehr in die Lesen hineingeht. Alle Einzelheiten sind notwendig und willkommen.

Die Nachteile der Brikettfeuerung wie das Ausströmen von Gas u. a. müssen die Brennerfolgen energisch bekämpfen; denn sie wären töricht, wenn sie dem Unternehmer allen Profit einstehen ließen und ihre Gesundheit noch mehr zu Markte trügen. Für jede größere Gesundheitsgefährdung muß der Fabrikant einen Ausgleich bieten.

Sammelt jetzt schon Material für die kommenden Tarifverhandlungen und berichtet alle Vorgänge in den Betrieben der Branchenleitung.

### Verbindlich erklärt.

Der Reichsarbeitsminister. Berlin, den 2. April 1927.

III C Nr. 1454/27  
Betr.: Verbindlichkeitserklärung der drei Schiedsgerichte vom 25. März 1927 im Tarifstreit in der keramischen Industrie.

In dem Tarifstreit zwischen dem Arbeitgeberverband der keramischen Industrie und dem Keramischen Bund, Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschland, dem Berufskreis Deutscher Keramiker, dem Zentralverband der Malzimisten und Getreide sowie Berufsgenossen Deutschlands, dem Deutschen Werkstoffbund, dem Verband der Deutschen Gewerbevereine (D. G.) und dem Deutschen Metallarbeiterverband werden die drei Schiedsgerichte vom 25. März 1927, die unter dem Vorbehalt eines vom Reichsarbeitsminister für diesen Streitfall bestellten Schiedsgerichts gefällt wurden, gemäß Artikel 1, § 6 der Schlichtungsordnung vom 30. Oktober 1923 für verbindlich erklärt, und zwar mit nachstehenden Änderungen, denen die Parteien bei den Tarifverhandlungen im Reichsarbeitsministerium am 1. April 1927 angestimmt haben:

1. Lohnabschlußspruch:

Punkt 4. Bei den Betrieben, die auf Grund der bisherigen tariflichen Bestimmungen einen Abzug von den Effektivdiensten der Arbeitnehmer vorgenommen haben, verhindert sich dieser Abzug um 2 Proz.

Punkt 5. Diese Lohnregelung kann mit einmonatiger Frist erstmals zum 31. März 1928 gefündigt werden.

2. Arbeitszeitabschlußspruch:

Protokollnotiz zu Ziffer 2, 5. und 6. Absatz:  
Die Parteien sind darüber einig, daß hinsichtlich der Beschäftigungszeit der Brenner zwischen Betriebsleitung und gewöhnlicher Betriebsvertretung eine Regelung nicht für jeden Einzelfall, sondern allgemein vereinbart werden soll.

Punkt 6. Diese Regelung tritt am 1. April 1927 in Kraft und kann mit einmonatiger Frist erstmals zum 31. März 1928 gefündigt werden.

3. Manteltaschenspruch:

Zur Protokollnotiz: Die Parteien verhandeln über die Schaffung von Bestimmungen, betreffend Schlichtung und Entscheidung von Arbeitsstreitigkeiten innerhalb 3 Wochen nach Inkrafttreten des Reichstaristarifvertrages.

#### Gründe.

einen Jahren zusammengebrochenen Kampf einzutreten seien. Es beständen jetzt nur Einzelkriege. Zum Zweck eines gemeinsamen Handels müßte von der Branchenleitung ein einheitliches Tarifschema herausgegeben werden, sowie Richtlinien, wie sich die Kollegen in den einzelnen Orten bzw. Werken einstellen würden. Es müßte verhindert werden, nicht nur für einen einzelnen Konzern, sondern für die gesamte Steinzeugindustrie einheitliche Löhne und Tarifverhältnisse zu schaffen.

Kollege Gauleiter Herrn Ludwigshofen vermittelte ein Gespräch auf andere Verträge, die vielfach ineinander eingreifen, wie z. B. die Verträge in Friedrichshafen, Langenau, Biegeleien der Rheinfalls usw. Wenn ein Gesamtübereinkommen über die Verhältnisse in den Betrieben gegeben werden soll, sei es verfehlt, wenn sich die einzelnen Betriebsräte untereinander verständigen. Dies müßte durch die Zahlstellen geschehen. Es sei nötig, daß monatliche Berichte von den Zahlstellen an die Branchenleitung gegeben werden; diese müßten den Zahlstellen dann einen Überblick geben.

Kollege Großmann hielt einen Beschlus darüber für verfehlt, weil das bei uns schon Praxis sei. Durch direkte Benachrichtigung der Betriebe gingen oft Briefe verloren, aber sie würden im Betrieb „aus Verschluß“ von anderen Personen geöffnet. Letzteres wurde von einigen Delegierten bestätigt.

Kollege Elsner hob in seinem Schluswort hervor, daß, wenn ein Reichstarif für die gesamte Steinzeugindustrie geschaffen werden sollte, andere Einladungen hätten herausgegeben müssen. Vorläufig sehe er keine Möglichkeit zur Schaffung eines Reichstarifes. Viel eher wäre es möglich, erst einmal einheitliche Verhältnisse in einem Konzern zu schaffen. Vorbereitung sei aber, möglichst gleichmäßiger Ablauf der Tarife. Die gesamte Steinzeugindustrie werde ja stark von den Deutschen Ton- und Steinzeugwerken A.-G. beeinflußt. Es gehe auch nicht von heute auf morgen. Dazu müßten erst die nötigen Voraussetzungen getroffen werden.

Herausgegeben von Rundschreiben einzelner Betriebsräte, wie es bisher geschehen sei, ohne daß die Branchenleitung etwas erfahren dürfe es in Zukunft nicht geben. Notwendig sei, daß die Branchenleitung über alle Dinge in den Betrieben orientiert werde. z. B. über die Akkordfrage, Preise der einzelnen Akkordindustrie, Leistungsteigerung, Urtypen davon. So wie die Porzellanarbeiter ihre Preisdomänen hätten, so müßten auch in der Steinzeugindustrie welche gebildet werden, damit die Kollegen jederzeit untersucht werden könnten, wieviel für die Herstellung dieses oder jenes Produktes bezahlt werde. Alle wichtigen Vorgänge müßten den Zahlstellen, und von diesen der Branchenleitung mitgeteilt werden, die sie dann zusammengeführt wieder den einzelnen Zahlstellen übermitteln werde. Wenn die Branchenleitung die nötigen Unterlagen bekomme und die Kollegen in den Betrieben in standiger Verbindung mit der Organisation bleibten, würden auch die Voraussetzungen zur Errichtung einheitlicher Verhältnisse gegeben sein.

Kollege Großmann betonte, daß durch die Konferenz neue Eindrücke und neue Richtlinien zum einheitlichen Vaudem gewonnen seien.

Damit war der erste Punkt erledigt.

Unter „Betriebsangelegenheiten“ begrüßt Koll. Ganschow den Beschluss des Beirats um Schaffung einer Verbandsberatungsstelle. Das hätte schon längst geschehen müssen. Darauf hätten wir ein gutes Agitationssittel erhalten. Es spricht die Erwartung aus, daß sich der nächste Verbandsstag des Beirats des Beirats anschließe.

Da sich niemand mehr zum Vortrag meldete, schloß Kollege Großmann mit der Hoffnung auf eine sinnreiche, edelblaue Zusammenarbeit und dem Wunsche auf eine glückliche Heimreise der Delegierten um 3 Uhr die Konferenz.

## Spiegel und gelbe Arbeiter für die Zementindustrie gesucht.

Seit Jahren führt die Zementarbeiterföderation einen zähen und hartnäckigen Kampf um aufständige Lohn- und Arbeitsbedingungen. Dieser Kampf ist der Zementarbeiter nicht nur unangenehm, es macht auch die Betriebsräte auf die Zementarbeiter keinen guten Eindruck und deren ist der Herrenstandpunkt der Betriebsräte nicht mehr hold.

Um daher die Widerstandskraft der Arbeiter zu brechen, haben man noch allerlei Mittel, die ein sehr charakteristisches Bild des „vornehmhaften“ Einflusses der Industriemaster, sowie deren Arbeiterschaftsführer zeigen.

Ja Besitzentzettel hatte man, um die Zementarbeiter gefangen zu machen, herzliche Anklamationen des Perückenmenschen Bandes entlocken. Als dies nicht zog, prüfte man, wer freizeitlos organisiert war und brachte diese zu geeigneter Zeit zur Entlastung.

Nach all dieser Fleimode kam die Industrie nicht zum Ziele und zerbrach sich des Kopfes, wie die Arbeiterschaft zerstritten und organisiertlos zerrissen werden kann.

Ja Zementarbeiter Herr Göschwitz verachtete man es mit Spiegel, bis die Arbeiterschaft erkannte, daß dazu unzähligen Herausgaben. Das Werk habe mit dieser Methode ebenfalls kein Glück. Erstens die Spiegel extra von der Spiegelzentrale, der Käfersche-Gesellschaft, Berlin, geholt und damit viel Geld aufgewandt wurde, die Spiegel sind auch in unseren Betrieb eindringlich gewesen, schlug den einen Spiegel das Gesicht und wir erhielten dadurch von dem Gehalter des Werkes Zement. Wir waren daher in der Lage, unseren Mitgliedern entziehende Ausflüsse zu geben und die Ziegelei hat ihr Ende gefunden.

Zweitens verachtet man in Göschwitz wieder andere Methoden. Ein gelber Betriebsrat soll für den Betrieb aufgezogen werden.

Ein Faktorarbeiter war bald gefunden und wurde folgendes Schreiben an die Delegierten verfaßt:

Göschwitz, den 22. April 1927.

### Betriebsarbeitsmarkt!

Seit Jahren bedauern wir die schweren sozialen Zeiten, die wir jetzt leidesten haben, daß die Gewerkschaften gewisse Vorteile aus nicht gezeigte haben; im Gegenteil, es ist noch gewerkschaftlicher Nachteil geworden. Das daraus entstehenden Verlustes kann die Zementarbeiter nicht mehr tragen und ziehen, um zu gewissen Verhältnissen zu gelangen. Dazu gehört auch, daß das Verhältnis zwischen Betriebsräten und dem Betriebsarbeiter gänzlich verschoben wird, was mich erfreuernd angenehm. Da gewisse Stämme darin in einer Linie der zivilisatorischen Schächer, der Gewerkschaften.

Um unsere Zwecke Arbeitsmarktreduktion unseres Werkes haben wir den Betriebsrat ergriffen, um eben angeführten Gründen die Zementarbeiter in die Hand zu nehmen und wollen wir uns zu einem Betriebsrat, einer z. e. f. Gemeinschaft, zusammensetzen. Die Erfahrungen anderer haben uns gezeigt, daß diese Arbeiterschaft auf dem richtigen Wege ist.

Die Erreichungserklärung findet nun am Sonntag, den 24. April 1927, ummittags 2½ Uhr, in der Fabrikantine statt und habe ich dies, zu berichten, teilnehmen.

Mit kompetenterdem Gruss  
Franz Kuhn

Das Schreiben ist von der Arbeiterschaft so bewertet worden, daß dieses es nicht anders verdient.

Sehr wenig kann man sagen, einschließlich des Referenten, eines Herrn Kuhn, der leider der den Erfordernissen flüchtig verfiel, daß der beste Weg für die Zementarbeiter der momenten Bedingung des kontrahenten, daß die Zementarbeiter gut bezahlt. Dazu würden die Zementarbeiter bis her

Unternehmerische Zulässigkeit und ein schönes, inniges Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer würde eintreten.

Leider hatten auch die Unwesen kein Verständnis für die Lehre des Leipziger Herrn und betrachteten seine Ausführungen lediglich unter dem Gesichtswinkel eines humoristischen Vortrages, der für einige Stunden Heiterkeit erzeugte.

War so auch dieser Versuch, die Arbeiterschaft zu zerstreuen, erfolglos, so möchten wir doch annehmen, daß weitere, vielleicht andere Versuche folgen werden.

Eine Frage taucht jedoch auf, die ganz ernsthaft behandelt werden sollte. Seit Jahr und Tag sträubt sich die Zementindustrie, der Arbeiterschaft anständige Löhne zu zahlen und extraktive Arbeitsbedingungen zu gewähren und beruft sich darauf, so stark belastet zu sein, daß die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen den Ruin der Zementindustrie bedeuten würde.

Sollte das ausgeworfene Geld für Spiegel und Errichtung eines gelben Vereins nicht besser verwandt werden können zur Erhöhung der Löhne?

Ein weiteres: Warum wird der freiorganisierte Arbeiterschaft die Werkbanken nicht auch zu Werbeversammlungen zur Verfügung gestellt?

Eine andere Frage, gleich wichtig, taucht auf: Die Zementindustrie ist eine der festgefügtesten Arbeitgeberorganisation, die an Geschlossenheit in Deutschland ihresgleichen sucht. Wie vereinbart es sich mit den Organisationsgedanken und den der Gleichtberechtigung, daß man für sich in Anspruch nimmt, organisiert zu sein, und gesellschaftlich den ächtet, der als Lukenseller abseits steht, auf der anderen Seite oder alle Mittel anwendet, um die Arbeitersorganisationen zu schädigen bzw. zu vernichten? Soll das vornehm und gerecht sein? Oder kennt man diese Begriffe in der Zementindustrie nicht? U. U. w. g.

Die Zementarbeiterföderation in Göschwitz und darüber hinaus in ganz Deutschland wird aus diesen Vorgängen die Lehre ziehen und sich um so fester scharen um ihre Organisation. M. C.

## Reaktionäre Ziegeleibesitzer-Methoden.

Wenn man von „bayrisch Nizza“, genannt Alschaffenburg, eine kurze Wegstrecke nach dem schönen Kahlgrund (örtlich Hugelgrund) geht, so findet man zwei nicht allzu große Ziegelsteinfabriken mit ungefähr 50 beschäftigten Leuten. Der Absatz der Produktion ist ausgezeichnet gut, und die Ziegelsteine werden wie heiße Brötchen von dem Ofen weggeholt, und es vergeht kein Tag, wo gar mancher Kunde ohne diesen lieblichen Steinen nach Hause fahren muß. Von diesem Gesichtspunkte aus wäre nach kapitalistischer Auffassung alles in bester Ordnung, und nicht nur die dortigen Ziegeleibesitzer, sondern auch deren Arbeiter freuen sich, daß so griser Geschäftsgang zu verzeichnen ist.

Wie steht es nun mit den dort beschäftigten Arbeitsträgern, die doch in erster Linie mit dafür sorgen, daß ein guter Produktionsabsatz möglich ist? Darüber machen sich diese Ziegeleibesitzer weniger Sorge; vor allem sind sie wütende Organisationsgegner. Mit dem Fabrikarbeiterverband wollen diese Herren nichts zu tun haben. Soweit sich die Arbeiter organisieren, steht dem gar nichts entgegen, aber der Lohn und die Arbeitszeit wird nur nach den Anweisungen dieser Herren Ziegeleibesitzer betätigt. Wie ja ein Arbeitsvertrag aussieht, soll zur allgemeinen Illustration und Kenntnahme aller Zieglerkollegen nachstehend veröffentlicht sein:

### Arbeitsvertrag

zwischen dem Herrn Seb. Ludorf, Ziegelei in Alzenau, und dem Arbeiter Herrn ... an ..., geb. am .... wird heute folgender Arbeitsvertrag abgeschlossen:

1. Herr ... wird auf einjährige Amtsdauer eingestellt und verpflichtet sich, jede ihm übertragene Arbeit ordnungsmäßig auszuführen.
2. Die regelmäßige Arbeitszeit beträgt 8 und 10 Stunden. Überstunden werden nur mit dem üblichen Stundentag bezahlt.
3. Er erkennt die Tariflöhne der Ziegelei des Geb. Ludorf rechtzeitig an.

Alzenau i. Nfr., den 2. April 1927. (Unterschrift).

Ganz abgesehen davon, daß so ein „Mustervertrag“ den Schutz der Tarifbestimmungen entbehrt, so ist ganz besonders der Punkt 3 interessant; denn der Herr Ludorf spricht von rechtmäßigen Tariflöhnen der Firma Ludorf. Die Firma Ludorf lehnt aber jede Verhandlung mit dem Verband ab, bezw. lehnt es ab, den rechtswidrig bestehenden Tarifvertrag für die bayerische Tonindustrie vollständig anzuerkennen. Welche rechtmäßigen Tariflöhne meint dieser Herr Ludorf dann? Sicherlich die vom ihm selbst fabrizierten und dictierten. Das ist es ja und kennzeichnet diese Herren zur Genüge, welchen reaktionären Aufschluß sie sind. Die Arbeiter müssen nach der Feste tanzen, wie diese Herren wollen. Nebenabendzulagen, Sonntagsarbeitszulagen, Urlaub usw. wie sie der Tonindustrie-Tarifvertrag vorsieht, sind aussehlosch.

Das Erste vom Erstaunen ist aber wohl darin zu suchen, daß diese einseitigen, rücksichtslosen Arbeitgebermethoden von unseren Kollegen noch mittels Unterstrich saftioniert werden. Ein organisierte Arbeiter sollte jederzeit soviel Mut aufbringen, für solch rücksichtlose Verträge eine ablehnende Haltung einzunehmen. Eine Arbeiterschaft, die eine geradezu bündige Furchtsamkeit gegenüber dem Arbeitgeber zeigt, ist nicht in der Lage, ihr trauriges Los zu verbessern; eine solche Belegschaft wird ewig unter den Morosischen Fränen der Arbeitgeber sinken.

Es wäre daher an der Zeit, daß solchen reaktionären Bestrebungen entgegentreten würde, was aber nur möglich ist, wenn die Ziegeleibesitzer vom Kahlgrund und Umgebung endlich einsehen, daß sie sich zumindestens bei dem keramischen Bund bzw. dem Arbeiterverband Deutschlands ansliegen müssen.

Johann Brunner.

### Nicht verkaufen.

Die rheinische Zinsindustrie besteht ein Tarifvertrag, der da den Arbeitgeber wie auch den Arbeitnehmerorganisationen verbindet und unterzeichnet ist. Nach diesem Vertrag ist für das Zinsenprodukt von Hand für Fleisch- und Fleischwaren ein Preis von 8,51 Pf. pro 1000 Stücke zu zahlen. Bei Salzstücken mög. 8,22 Pf. gezahlt werden. Man sollte anmerken, daß diese Preise nun nicht auch, weil der Vertrag ja von Unternehmenseite aus verkannt ist, auch zur Auszahlung gelangen. Weit geschieht! Man darf tie hierbei nicht die Unzufriedenheit der Zinsenarbeiterverbandes und seiner Mitglieder als Gegenargument anführen, daß die Tariflöhne bestimmtungen zu engen zu machen. Wer nicht unter Tarif arbeitet, wird nicht eingesetzt. Wer einen tariflichen Lohn am Gewerbegericht einlegt, bekommt keine Arbeitsstelle wieder. Trotz außerordentlich guter Konjunktur verlangen diese Unternehmer, daß ihnen die Fertigprodukte für einen um 1 bis 1,50 Pf. niedrigeren Preis hergestellt werden.

Leider finden sich immer noch Arbeitgeber, die diesen Löhnen auf die Stirn treiben. Hier kann nur die strikte gewerkschaftliche Organisation und strikte Hochhaltung der tariflichen Betriebsabreden helfen, da schriftliche Beschwerden bei dem betreffenden Arbeitgeberverband zwecklos sind. Leider unterscheidet auch der Arbeitsnachweis Weihenbaums mit dieses Nachweisformular der Unternehmer, indem er Arbeitern, die bei

Arbeitgeber ausbüren, welche ihnen nicht die tariflichen Löhne auszahlen, entgegen den Bestimmungen des § 13 des Gewerkschaftsvertrags-Gesetzes die Unterstützung sperrt. Die Weihenbaumer und Kettiger Bimsarbeiter kann nur die restlose Organisation im Keramischen Bund (Abteilung des Bimsarbeiterverbandes) gegen die Willkürmaßnahmen des Unternehmers und der Behörden reiten. G. M. d. g.

## Allgemeines.

Erhöhung der Postgebühren in Aussicht. Die Deutsche Reichspost beabsichtigt, die Briefbeförderungsgebühr von 10 auf 15 Pf. zu erhöhen. Alle übrigen Postgebühren sollen ebenfalls um 5 Pf. gesteigert werden. Die Deutsche Reichspost begründet diese Maßnahme damit, daß die Gebühren der Post im allgemeinen auf dem Stand der Vorkriegszeit stehen geblieben seien, während die Grundpreise von Industrie und Gesamtwirtschaft, der Lebenshaltungsindex und die Arbeitslöhne mindestens um 50 v. H. gestiegen seien. Kein Land der Welt habe noch gleich niedrige Postgebühren als Deutschland. Diese Maßnahme kommt nicht übermäßig, denn sie wurde schon länger im geheimen angekündigt. Wenn die Post anführt, daß der Geldwert von heute gegenüber dem von 1868, als das 10-Pfennig-Briefporto eingeführt wurde, ganz gewaltig gesunken sei, so ist dem nicht zu widersprechen. Es ist aber die Frage, ob man eine Tarif erhöhung lediglich mit so plumpen Mitteln begründet. In den 50 Jahren, die seitdem vergangen sind, hat Deutschland eine ungeahnte Entwicklung durchgemacht. Die Bevölkerung hat sich um 60 Prozent vermehrt, Handel und Industrie sind ins ungemein gewachsen, die moderne Wirtschaft hat ein riesenhaftes Unwohlsein des schriftlichen Verkehrs zur Folge gehabt. Das Anwachsen des Postverkehrs hat natürlich eine ständige Senkung der Kosten der einzelnen Sendung herbeigeführt. Und da auch die Rationalisierung im Postwesen durchgeführt ist, hätte man erwartet, daß die Post diese wirtschaftsfreundliche Maßnahme nicht gerade jetzt zur Durchführung gebracht hätte. Es stimmt übrigens nicht ganz, daß die Tarife der deutschen Reichspost die niedrigsten der ganzen Welt sind. In den volatilischen Ländern ist es durchaus nicht der Fall und Amerika ist zu seinem Zweig-Cents-Post zurückgekehrt. In England kostet der Islandsbrief, berechnet für das gesamte britische Weltreich und bei durchschnittlich höheren Lebenskosten, 12½ Pf. Kommt die Posterbühne in Deutschland zur Durchführung, dann marschieren wir an der Spitze aller Postläufe in der Welt. Die Deutsche Reichspost liefert so den Beweis, daß sie nicht in der Lage ist, die gestiegenen Kosten durch eine Umstellung des Betriebes auszugleichen. Und dabei war die Deutsche Reichspost in den letzten Jahren nicht etwa ein Aufschubbetrieb, sondern es wurden Überschüsse erübrigt. Es konnten Neubauten in Angiff genommen und Neuerrichtungen großzügiger Art geschaffen werden. Legt man die Arbeiterlöhne und die Beamtenbezüge der Reichspost zu Grunde, dann findet der beabsichtigte Gebührenaufschlag ebenfalls keine Stütze. Die Erhöhung der Lebenshaltung zur Folge haben. Deshalb ist sie eine wirtschaftsfreundliche Maßnahme und muß daher abgelehnt werden.

Eine Millionenauflage. Das „Konsumgenossenschaftsblatt“ des Centralverbandes deutscher Konsumvereine in Hamburg erscheint bei Nr. 8 von Ende April erstmals in einer Auflage von mehr als einer Million Exemplaren. Das in neun Revisionen verbanden durch die Konsumvereine an die Mitglieder verbreitete Konsumgenossenschaftliche Familienblatt hat damit eine beispiellose Zugewandtheit erreicht. Das Blatt dient der Aufklärung, Erziehung und Unterrichtung in allen konsumgenossenschaftlichen Dingen. Sein Ziel ist, in jeder Konsumgenossenschaftsfamilie Eingang zu finden und dort gelesen zu werden.

## Literarisches.

Das Malheft der „Arbeiterjugend“. Soeben erschien das Malheft der „Arbeiterjugend“. Es läßt schon in seiner äußeren Gestalt erkennen, daß es vorwiegend dem Feiertag der Arbeit gewidmet ist. Das Malheft bringt diesmal einen wuchtigen Linienschliff eines jungen Künstlers, der den Maizug der Jugend symbolisiert. Im Malheft sind Text und Illustrationen stark auf den Maifeiertag eingestellt. Auch die Beilage „Die Arbeitsgemeinschaft“ enthält eine Fülle von höchst aktuellen und interessanten Aufsätzen. Die Beilage „Kultur und Leben“ steht diesmal im Zeichen des belgischen Malers Frans Masereel. Sie bietet das Heft eine Fülle von interessanten, belebenden und unterhaltsamen Stoffen, und die gute technische Ausstattung, die in dieser Nummer wiederum verbessert werden konnte, reicht jeden zum Studium an. Das Einzelstück kostet 25 Pf. und kann durch jede Postanstalt oder Parteibuchhandlung bezogen werden. Plätz 8.

„Die Frauenwelt“ brachte mit ihrer Nr. 9 eine lesenswerte Mainausgabe. Jedes Heft kostet 30 Pf. und mit Schnittmusterbogen 10 Pf. mehr. Die Nr. 17 von „Lachen links“ enthält gute Zeichnungen der bekannten Künstler, wie Karl Holz, Willibald Kain, Jacobus Belsen, Hans Baluschek, Willi Steinert, Hermann Abeking, Herbert Anger und mit Witze und Satiren das Malheft bringt diesmal in einer wuchtigen Linienschliff eines jungen Künstlers, der den Maizug der Jugend symbolisiert. Im Malheft sind Text und Illustrationen stark auf den Maifeiertag eingestellt. Auch die Beilage „Die Arbeitsgemeinschaft“ enthält eine Fülle von höchst aktuellen und interessanten Aufsätzen. Die Beilage „Kultur und Leben“ steht diesmal im Zeichen des belgischen Malers Frans Masereel. Sie bietet das Heft eine Fülle von interessanten, belebenden und unterhaltsamen Stoffen, und die gute technische Ausstattung, die in dieser Nummer wiederum verbessert werden konnte, reicht jeden zum Studium an. Das Einzelstück kostet 25 Pf. und kann durch jede Postanstalt oder Parteibuchhandlung bezogen werden.

„Die Frau“ kostet 30 Pf. und mit Schnittmusterbogen 10 Pf. mehr. Die Nr. 17 von „Lachen links“ enthält gute Zeichnungen der bekannten Künstler, wie Karl Holz, Willibald Kain, Jacobus Belsen, Hans Baluschek, Willi Steinert, Hermann Abeking, Herbert Anger und mit Witze und Satiren das Malheft bringt diesmal in einer wuchtigen Linienschliff eines jungen Künstlers, der den Maizug der Jugend symbolisiert. Im Malheft sind Text und Illustrationen stark auf den Maifeiertag eingestellt. Auch die Beilage „Die Arbeitsgemeinschaft“ enthält eine Fülle von höchst aktuellen und interessanten Aufsätzen. Die Beilage „Kultur und Leben“ steht diesmal im Zeichen des belgischen Malers Frans Masereel. Sie bietet das Heft eine Fülle von interessanten, belebenden und unterhaltsamen Stoffen, und die gute technische Ausstattung, die in dieser Nummer wiederum verbessert werden konnte, reicht jeden zum Studium an. Das Einzelstück kostet 25 Pf. und kann durch jede Postanstalt oder Parteibuchhandlung bezogen werden.

„Die Frauenwelt“ brachte mit ihrer Nr. 9 eine lesenswerte Mainausgabe. Jedes Heft kostet 30 Pf. und mit Schnittmusterbogen 10 Pf. mehr. Die Nr. 17 von „Lachen links“ enthält gute Zeichnungen der bekannten Künstler, wie Karl Holz, Willibald Kain, Jacobus Belsen, Hans Baluschek, Willi Steinert, Hermann Abeking, Herbert Anger und mit Witze und Satiren das Malheft bringt diesmal in einer wuchtigen Linienschliff eines jungen Künstlers, der den Maizug der Jugend symbolisiert. Im Malheft sind Text und Illustrationen stark auf den Ma